

Wahlprüfsteine der planenden Berufe in Deutschland zur Bundestagswahl 2021

Die Antworten der Parteien
(Kurzfassung)

Vorbemerkung

Im April/Mai 2021 legten die Verbände und Kammern der planenden Berufe in Deutschland den Parteien CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE und AfD die Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021 vor. Dabei wurde um Beantwortung der Fragen zu zwölf Themenbereichen gebeten.

Die Antworten der Parteien fielen zum Teil sehr umfangreich aus, andere Fragen wurden dagegen vereinzelt gar nicht beantwortet. Auch wiederholen sich in der Langfassung bisweilen einige Antworten, da manche Parteien z. B. die Themenkomplexe zusammengefasst haben. Die [Langfassung der Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021](#) sowie die [dazugehörigen Antworten der Parteien finden Sie hier](#). Die für die Ingenieurinnen und Ingenieure wesentlichsten Punkte innerhalb der einzelnen Themenbereiche sind auf den folgenden Seiten kurz zusammengefasst.

Berlin, 24. August 2021

Soziale Bodenpolitik und bezahlbarer Wohnraum

(Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021
Langfassung | Seite 4ff.)

Die **CDU/CSU** gibt als Ziel die Schaffung von 1,5 Mio. zusätzlichen Wohnungen bis 2025 vor. Dabei soll auch der soziale Wohnungsbau gefördert und das Umland einbezogen werden. Wer baut, soll steuerliche Anreize bekommen, auch die KfW-Familienwohneigentumsprogramme sollen ausgebaut werden. Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt und die Anzahl der Bauvorschriften signifikant verringert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verfolgen im Hinblick auf den Wohnungsbau ähnliche Ziele, wenn auch mit deutlich stärkerem Fokus auf der Schaffung bezahlbaren Wohnraums, etwa durch stärkere Nutzung von Vorkaufsrechten für Kommunen. Zudem soll ein Bundesprogramm „Neue Wohngemeinnützigkeit“ in Höhe von drei Milliarden Euro im Jahr aufgelegt werden. Zur Aktivierung von Bauflächen soll zudem das Programm „Bauflächenoffensive für ein Hunderttausend-Dächer- und-Häuser-Programm“ dienen, das etwa Zuschüsse für die Aufstockung von Gebäuden und dem Ausbau von Dachgeschossen vorsieht.

Auch die **SPD** äußert sich in eine ähnliche Richtung. Helfen soll bei der Verwirklichung der Ziele die Schaffung von Bodenfonds unter Einbeziehung bundeseigener Grundstücke, die Kommunen ein Instrument für die nachhaltige Stadtentwicklung und bezahlbaren Wohnungsbau an die Hand geben sollen.

Die **FDP** hält private Investoren für die wesentlichen Treiber stärkeren Wohnungsbaus. Der Staat müsse daher für geeignete rechtliche und strukturelle Rahmenbedingungen Sorge tragen. Planen und Bauen müsse endlich günstiger und schneller möglich sein, etwa durch Einführung eines „Baukosten-TÜVs“, der neue Regelungen auf ihre Kosten für Bauen und Wohnen untersuchen soll. Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt, vereinheitlicht und digitalisiert. Die Chancen des seriellen und modularen Bauens sollen genutzt werden.

Die **AfD** möchte die Eigentumsquote in Deutschland signifikant erhöhen, d.h. den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum fördern. Sie will sämtliche energetischen Vorgaben beim Bau streichen.

DIE LINKE will ein öffentliches Wohnungsbauprogramm nach Wiener Vorbild auflegen, das jährlich zehn Milliarden Euro in den sozialen, gemeinnützigen sowie in den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau investiert. Darüber hinaus möchte sie durch die Ausweitung kommunaler Eingriffsrechte in den Bodenmarkt gegen die Bodenspekulation vorgehen.

Behebung des Ausbau- und Sanierungsstaus bei den öffentlichen Infrastrukturen

(Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021
Langfassung | Seite 13f.)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will mit einem „Grünen Zukunftspakt für soziale und ökologische Modernisierung“ Investitionsmittel in Höhe von 500 Milliarden Euro auflegen, um die Krise zu einer umfassenden Modernisierung auch der öffentlichen Infrastrukturen zu nutzen. Im Bereich der Verkehrspolitik möchte sie umsteuern und die Investitionen in den Umweltverbund aus Bahn, ÖPNV, Radverkehr und Carsharing deutlich ausweiten. Die Einnahmen aus der Lkw-Maut sollen künftig stärker für Infrastrukturvorhaben im Bereich Schiene, etwa zur Realisierung des Deutschland-Taktes, genutzt werden.

Die **FDP** möchte im Jahr 2025 in Deutschland 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts investiert sehen – und zwar vor allem privat und nicht vorrangig vom Staat. Dafür will sie die nötigen Rahmenbedingungen schaffen, d. h. der Staat muss seine Investitionen sowie die sonstigen steuer- und wirtschaftspolitischen Instrumente so einsetzen, dass auch private Unternehmen gern in Deutschland investieren. Zudem ist sie offen für eine Entschuldung besonders überlasteter Kommunen, die neue Handlungsspielräume verschafft bekämen, damit der Ausbau- und Sanierungsstau bei den öffentlichen Infrastrukturen beseitigt werden kann.

Die **AfD** bekennt sich nicht zu konkreten Maßnahmen, ist sich aber bewusst, dass intakte und flächendeckend ausgebaute Infrastrukturen die Voraussetzung für eine prosperierende Wirtschaft sind und ein sehr wichtiges Mittel gegen den fortschreitenden Bevölkerungsrückgang auf dem Land darstellen.

Die **CDU/CSU** hat vor, die erreichten Rekordinvestitionen auf hohem Niveau zu verlängern. Mit der neu gestarteten Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft soll bis 2025 ein flächendeckendes 5G-Netz in ganz Deutschland geschaffen und insgesamt 15 Mrd. Euro für Gigabit- Netze bereitgestellt werden. Planungs- und Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden und so für einen Modernisierungsschub sorgen.

DIE LINKE will jährlich über 120 Mrd. Euro in die öffentliche Infrastruktur und Daseinsfürsorge investieren, etwa zur Entstehung weiterer 250 000 Sozialwohnungen und weiterer kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungen. Den Glasfaserausbau möchte sie mit Investitionen von 10 Milliarden Euro jährlich in ganz Deutschland fördern. Ein weiterer Baustein ist die energetische Gebäudesanierung. Zudem will sie den öffentlichen Nahverkehr massiv ausbauen und in öffentlichen Verkehr, Radwege, Fußwege sowie Stadtumbau investieren. Außerdem soll ein starker Personalaufbau im öffentlichen Dienst erfolgen, damit dieser seine Aufgaben wieder angemessen erledigen kann.

Nach den Plänen der **SPD** müssen Planung und Genehmigungen schneller werden, um Investitionen schneller in konkrete Projekte umzusetzen. Es bedarf massiver Mehrinvestitionen zum Beispiel in den Neu- und Ausbau der Schiene, in den Nahverkehr, in den klimagerechten Stadtumbau und in den Wohnungsbau. Mit dem Rettungsschirm für Kommunen sollen auch diese weiter in die Lage versetzt werden, diese Investitionen tätigen zu können.

Maßnahmen zur Reduktion von CO₂-Emissionen, damit Nachhaltigkeitsaspekte beim Planen, Bauen und Betreiben von Städten, Orten und Gebäuden künftig stärkere Berücksichtigung finden

(Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021
Langfassung | Seite 15f.)

Mit Ausnahme der **AfD** wollen alle Parteien massiv in Klimatechnologien investieren und umfassende Maßnahmen für die Klimawende angehen.

Die **SPD** möchte mit dem CO₂-Preis, der mindestens hälftig von Vermietern getragen werden soll, vor allem Investitionen lenken und zur Modernisierung motivieren. Bis 2030 sollen fünf Millionen Häuser über innovative Heiz- und Energiesysteme (z. B. Wärmepumpen) versorgt werden. Leben, Arbeiten und Wirtschaften soll bis spätestens 2045 keine negativen Auswirkungen mehr auf das Klima haben. Der Zugang zu Förderprogrammen soll deutlich vereinfacht werden.

Die **CDU/CSU** setzt zur Erreichung der Ziele v.a. auf steuerliche Anreize und attraktivere Programme der KfW.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN formulieren in ihrem Aktionsplan „Faire Wärme“ umfassende Maßnahmen für die Wärme- und Ressourcenwende. So soll u.a. der Gebäudebestand bis 2040 saniert und bis 2040 klimaneutral modernisiert werden, wofür ein Förderprogramm in Höhe von mehr als sieben Mrd. Euro vorgesehen ist. Die Maßnahmen müssen dabei zwingend sozial verträglich ausgestaltet werden. Für Gebäude soll ein Gebäuderessourcenausweis die graue Energie bei der Herstellung der Gebäude dokumentieren helfen.

Die **FDP** baut auf die Lenkungswirkung eines sektorübergreifenden Emissionshandels auch im Bereich der Gebäude, um wirtschaftliche Anreize zur CO₂-Reduzierung im Neubau sowie bei Modernisierung und Sanierung zu setzen.

DIE LINKE setzt auf eine Kehrtwende in der Baupolitik. Um Klimaneutralität zu erreichen, will sie z. B. einen bundesweiten Klimacheck bis 2025 mit verbindlichen Sanierungsplänen einführen. Die Sanierungsförderung soll dabei an das Ziel der Warmmietenneutralität gekoppelt werden. Für Neubau und Sanierung soll künftig gelten: Kein Dach ohne Grün oder Photovoltaik.

Digitalisierung

(Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021
Langfassung | Seite 25f.)

Bei der Frage nach den Vorstellungen der Parteien, wie sie die Digitalisierung des Planungs- und Bauwesens befördern möchten, sagt die **AfD** lediglich, dass BIM noch nicht in allen Planungsbüros einsatzfähig sei und Bauen im Bestand BIM die Grenzen aufzeige.

Die **FDP** sieht den Bund als Bauherrn in der Pflicht, verstärkt auf BIM zu setzen und dies auch zur Förderbedingung bei großen Bauprojekten des Bundes zu machen. Der Staat solle zudem schnellstmöglich rechtssichere Anforderungen an Schnittstellen definieren.

DIE LINKE sieht in der Digitalisierung großes Potential – insbesondere für mehr Transparenz und Geschwindigkeit. Digitale Planung könne zu einer Triebkraft einer CO₂-armen Kreislaufwirtschaft werden. Bund und Länder sollen sich eine öffentliche digitale Infrastruktur auf Open-Source-Basis zum Ziel setzen. BIM muss dabei so ausgestaltet sein, dass auch kleine Planungsbüros mitmachen können. Was mit öffentlichen Geldern gefördert werde, solle auch der Öffentlichkeit zugutekommen.

Auch die **CDU/CSU** sieht große Chancen durch BIM. BIM solle daher im Hochbau zum Standard werden.

Die **SPD** fordert, dass BIM-Pilotprojekte stärker in die Praxis umgesetzt werden. Es bedarf zudem einer ressortübergreifenden BIM-Strategie. Auf Länderebene soll die Digitalisierung von planungsrechtlichen und bauaufsichtlichen Verfahren konsequent vorangetrieben werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen die Digitalisierung ähnlich wie Smart City und Smart Region als Querschnittsaufgabe, für die sie zusätzlich rund 290 Millionen Euro bereitstellen wollen. Unerlässlich für BIM ist eine tragfähige Breitbandinfrastruktur, die als Universaldienst verpflichtend bereitgestellt werden soll.

Freiberuflichkeit

(Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021
Langfassung | Seite 30ff.)

Die **CDU/CSU** unterstreicht die Wichtigkeit einer mittelständisch geprägten Wirtschaft, die klarer Rahmenbedingungen bedarf. Für das Kammerwesen und die Selbstverwaltung will sie sich einsetzen – auch auf europäischer Ebene.

Auch **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wollen sich für die Freien Berufe und ihre Selbstverwaltung einsetzen und sprechen sich in diesem Kontext für einen Qualitätswettbewerb statt Preisdumping aus. Insbesondere die Freien Berufe im Planungsbereich seien Garant für Qualität und Verbraucherschutz.

Die **SPD** möchte ebenfalls die berufsständische Selbstverwaltung bewahren und stärken und auch gegenüber der Europäischen Kommission verteidigen.

Die **FDP** äußert sich dagegen nicht zum Kammerwesen, sieht aber in den Freien Berufen eine wichtige Säule des Mittelstands. Daher soll die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Freien Berufe gesichert werden. Auch die hohen Qualitätsstandards, denen Planungsbüros unterworfen sind, sollen geschützt werden.

DIE LINKE nennt Selbstständigkeit und Freiberuflichkeit zentrale Bestandteile einer vernünftigen Wirtschaftsordnung und fokussiert insbesondere auf deren hoher unternehmerischer Verantwortung. Berufliche Selbstverwaltung sei unerlässlich; zur Vermeidung prekärer Freiberuflichkeit spricht sie sich für bundesweite branchenspezifische Mindesthonorare aus, die einem ruinösen Preiswettbewerb entgegenwirken.

Sicherung der Qualität / Novellierung der HOAI

(Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021
Langfassung | Seite 34f.)

Die **CDU/CSU** sagt zu, zu prüfen, inwiefern eine angemessene Honorierung von Planungsleistungen unter Berücksichtigung des Europarechts Qualitätsstandards sicherstellen kann. Ausgehend davon sollen Anpassungen an Leistungsbilder und Tafelwerte der HOAI erfolgen. Auch möchte sie prüfen, inwieweit bestimmte Planungsleistungen als Vorbehaltsaufgaben geregelt werden können, da durch schlechte Planung langfristig höhere Kosten entstünden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plant, über die Schaffung einer Vorbehaltsaufgabe „Planung“ einen offenen Dialog mit den planenden Berufen, der Bauwirtschaft und Bauindustrie sowie den Handwerkskammern führen zu wollen. Die HOAI muss an die Entwicklungen und neuen Anforderungen des Planen und Bauens angepasst und eine Novellierung initiiert werden.

Die **SPD** verweist auf die Zuständigkeit der Länder: Um aus Planungsaufgaben Vorbehaltsaufgaben zu machen, müssten die Ländergesetze geändert werden. Die Wirksamkeit der neuen HOAI 2021 will die SPD beobachten. Sollte sich aus den praktischen Erfahrungen heraus die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung geben, ist eine erneute Novellierung denkbar.

Die **FDP** sieht zusätzliche Eingriffe wie die Einführung von Vorbehaltsaufgaben momentan als nicht erforderlich an. Eine umfassende Novellierung der HOAI, über die reine Anpassung an das Urteil des Europäischen Gerichtshofs hinaus, wird unterstützt.

DIE LINKE hat sich zur Umsetzung geeigneter Sicherungen der Planungsqualität noch keine abschließende Meinung gebildet, bestätigt aber: Bauen und Stadtentwicklung prägen die Städte und Orte auf Jahrzehnte, deshalb, aber auch aus Gründen der Sicherheit und des Umweltschutzes, sollten nur entsprechend qualifizierte Fachkräfte für Planungsleistungen herangezogen werden.

Die **AfD** ist für eine Novellierung der HOAI offen.

Vergaberecht

(Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021
Langfassung | Seite 42ff.)

Die **CDU/CSU** sieht Konzeptvergabeverfahren als Steuerungsinstrumente für eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik. Kommunen, die bislang kaum Erfahrungen mit Wettbewerben oder Konzeptvergaben haben, will sie bei der Beauftragung externer Dienstleister zur Verfahrensdurchführung finanziell unterstützen und so für eine hohe Baukultur und qualitätsvolle Bestandsentwicklung sorgen.

Zur konkreten Frage nach dem Umgang mit dem Problem „Auftragswertberechnung“ verweist sie auf abschließende EU-rechtliche Vorgaben. Dafür spricht sie sich aber dafür aus, die EU-Schwellenwerte regelmäßig auf Sachgerechtigkeit hin überprüfen zu wollen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen qualitätsorientierten Vergabeverfahren eine erhebliche Bedeutung für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung zu. Konzeptvergaben spielen dabei eine wichtige Rolle, da hier nach dem besten qualitätsvollsten Konzept zu einem festen Preis vergeben werde. Planungswettbewerbe müssen auch junge Planungsbüros einbeziehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen an der bestehenden Auftragswertberechnungsmethode festhalten.

Auch die **FDP** hält Planungswettbewerbe für anerkannte und bewährte Instrumente zur Sicherung von Planungsqualität und Baukultur. Insbesondere kleinere Verwaltungen sollen daher bei der Durchführung von Planungswettbewerben unterstützt werden.

Im Hinblick auf die Auftragswertberechnung setzt sie sich dafür ein, dass die aktuelle Regelung, nach der bei Planungsleistungen nur gleichartige Leistungen zusammenzurechnen sind, erhalten bleibt. Ohne diese pragmatische Regelung werden die Wettbewerbsbedingungen zu Gunsten größerer Unternehmen beeinflusst und gerade kleinere Planungs- und Ingenieurbüros wären in ihrer

Existenz gefährdet. Die Vergabeschwellenwerte für 2020 und 2021 sollen erhöht und Investitionen schneller umgesetzt werden.

Auch die **SPD** bekundet, dass sich bei großen wie kleinen Bauvorhaben qualitätsorientierte Verfahren und Ideen-Wettstreits um die beste Lösung für planerische und gestalterische Aufgaben bewährt haben. Die Maßgabe der zu erwartenden Kosten müsse im Kontext betrachtet werden – günstiger sei dabei nicht gleich immer besser. Bei allen Entscheidungen müssen die ökonomischen, ökologischen und sozialen Standards gleichermaßen berücksichtigt werden. Die Öffentlichkeit müsse dabei immer einbezogen werden.

Zur Auftragswertberechnungsproblematik trifft die SPD keine Äußerung.

Der **AfD** äußert sich (nur) dahingehend, dass ihr der offene und freie Wettbewerb wichtig sei. Gegenüber dem Problem der Auftragswertberechnung zeigt sie sich offen.

Auch für **DIE LINKE** sind Planungswettbewerbe und Konzeptverfahren eine erprobte Alternative. Sie möchte sich dafür einsetzen, dass öffentliche Grundstücke grundsätzlich im Erbaurecht und mit Konzeptausschreibungen vergeben werden. Konzeptverfahren für eine gemeinwohlorientierte Immobilienentwicklung können administrativ aufwändiger und mit beihilfe- und vergaberechtlichen Hürden konfrontiert sein. Zur Abfederung etwaiger Mehraufwände will DIE LINKE dafür Mittel aus der Städtebauförderung investieren.

Zur Frage des Umgangs mit der Auftragswertberechnung äußert sich DIE LINKE nicht.

Bündelung der Zuständigkeiten

(Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021
Langfassung | Seite 54.)

Die **CDU/CSU** will Zuständigkeiten bündeln und Verwaltung effizient gestalten. Den sich erst in den Koalitionsverhandlungen ergebenden Ressortzuschnitten möchte sie aber nicht vorgreifen.

Auch die **FDP** möchte zwar bei der Querschnittsaufgabe Bauen Abstimmungsprobleme vermeiden, sich allerdings auch noch nicht auf die Zuschnitte der Ministerien festlegen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und Ministerien an mit dem Ziel, die Bundesverwaltung effizienter zu machen. Das kann auch, muss aber nicht den Neuzuschnitt von Ministerien betreffen.

Die **SPD** will eine enge Verzahnung der Kompetenzen für Planen und Bauen erreichen, ohne sich aber explizit für ein entsprechendes Ministerium auszusprechen.

DIE LINKE betrachtet die Wohnungs-, Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik als Teil sozialer Infrastrukturpolitik und damit als öffentliche Aufgabe, die ressortübergreifend wahrgenommen werden muss. Ein bestimmter Ressortzuschnitt sei noch keine Garantie für eine kohärente Politik.

Die **AfD** zeigt sich offen für ein eigenes Bauministerium.

**Für die Inhalte der Antworten sind
ausschließlich die entsprechenden
Parteien verantwortlich.**

Bundesingenieurkammer e.V.
Joachimsthaler Straße 12
10719 Berlin
www.bingk.de

Design

Alexandra Geffert